

Informationsbulletin  
Nr. 96 / Februar 2016

**Bäuerinnen und Bauern in Kolumbien und Paraguay  
verteidigen ihre Lebensgrundlage**

## Saatgut gehört allen!

**Initiative  
für Ernährungssouveränität –  
Dringend unterschreiben!**

*Ernährung muss im globalen Kontext gesehen werden oder in den Worten der Initiative «Für Ernährungssouveränität»: «Landwirtschaft betrifft uns alle. Wir wollen wissen, woher unser Essen kommt, wie es hergestellt wurde. Wir wollen eine bäuerliche lokale Landwirtschaft bevorzugen und eine vielfältige und gentechfreie Landwirtschaft erhalten. Wir wollen nicht auf Kosten von anderen Regionen und deren Bevölkerung leben und deshalb richten wir unsere Aufmerksamkeit auch auf die Nahrungsmittelimporte und -exporte und auf die Exportsubventionen. Wir müssen die Fahrtrichtung ändern und umfassend umdenken, in vielerlei Hinsicht. Es geht um Wasser, Boden und Saatgut, es geht um ethische, moralische und soziale Werte, es geht um Handelsrechte, es geht um Gesetze und Normen und Transparenz – es geht um sehr viel!»*

*Es geht auch um das Leben und die Rechte vieler Menschen, deren Kampf vom SOLIFONDS unterstützt wird, wie die beiden in diesem Bulletin vorgestellten Saatgut-Kampagnen. Deshalb unterstützen wir die Initiative für Ernährungssouveränität und **wir bitten sie eindringlich, die Initiative zu unterschreiben und unverzüglich abzuschicken**, da die Fristen ablaufen. Eine Unterschriftenkarte finden Sie beigelegt.*

Weitere Informationen:  
[www.souverainete-alimentaire.ch](http://www.souverainete-alimentaire.ch)

Und am 28. Februar sagen wir:

**Stopp der Spekulation  
mit Nahrungsmitteln.**

SOLIFONDS  
Quellenstrasse 25  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel. 044 272 60 37  
[mail@solifonds.ch](mailto:mail@solifonds.ch)  
[www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)  
PC 80-7761-7  
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7



Anbau, Tausch und Verkauf von Saatgut ist für das Überleben der indigenen Bevölkerung, der Bäuerinnen und Bauern wie auch für die Ernährungssicherheit fundamental. Foto: Heñoi Jey Paraguay

Viele heutige Nutzpflanzen wurzeln in einem jahrhundertealten Wissen von Bäuerinnen und Bauern. Über Generationen haben sie durch Selektion an die jeweiligen lokalen Umweltbedingungen angepasste, autochthone Pflanzen gezüchtet – ihre Existenzgrundlage. Dieses Wissen wurde und wird in der praktischen Arbeit auf dem Feld weitergegeben. Kleinbauern leisten damit einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und nicht zuletzt zur weltweiten Ernährungssicherheit. Dies ist auch eine Kernaussage des 2008 veröffentlichten Weltagrarberichts. Er empfiehlt deshalb dringend die Leistungen kleinbäuerlicher Produktion zu würdigen und zu fördern.

Die Entwicklung verlief jedoch gegenteilig: Die BäuerInnen werden ihres wichtigsten Produktionsmittels zunehmend enteignet. Seit den 1930er Jahren werden geistige Eigentumsrechte auf Saatgut erhoben. Ab den 1960ern kam das Sortenschutzabkommen UPOV hinzu. Hybridpflanzen, deren Samen unfruchtbar sind, wurden entwickelt und mit der Gentechnologie Patente auf Pflanzeigenschaften durchgesetzt. Heute werden Patente auch auf konventionelle Züchtungen angewendet. Saatgut stellt kein öffentliches Gut mehr dar sondern eine streng reglementierte Ware. Die Weiterzucht findet in sterilen Forschungslabors statt. Ausgerichtet ist sie auf eine grossflächige, uniforme, industrielle Landwirtschaft. Monsanto, DuPont und Syngenta kontrollieren über die Hälfte des weltweiten Saatguthandels und liefern zu ihren Hochleistungsarten gleich die dazugehörigen Pestizide und Düngemittel.

Diese Saatgutkonzentration ist gefährlich: Die Sortenvielfalt nimmt rapide ab, das Wissen von Generationen geht verloren und die bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften werden ihrer Lebensgrundlage beraubt. Unsere Ernährung liegt zunehmend in den Händen der multinationalen Saatgutkonzerne.

Doch gibt es weltweit auch viele Initiativen, Basisorganisationen und Kampagnen, die der Macht der Agrokonzerne entgegentreten. Der SOLIFONDS unterstützt zwei davon in Kolumbien und Paraguay.

## **UPOV oder wem gehört das Saatgut ?**

*Internationale Sortenschutz- und Freihandelsabkommen schränken zunehmend den Zugang zu Saatgut ein. So schreibt die WTO vor, dass jedes Mitglieds-Land Pflanzenzüchtungen rechtlich schützen muss. Dabei ist ihnen freigestellt, der Union zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (Union internationale pour la protection des obtentions végétales – UPOV) beizutreten oder ein eigenes System zu entwickeln.*

*Die UPOV, 1961 in Paris gegründet, erliess im gleichen Jahr das erste internationale Abkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen. Das Abkommen wurde 1972, 1978 und 1991 überarbeitet. Sein Ziel ist es, den Züchtern exklusive Eigentumsrechte zuzusprechen und damit die Innovation zu fördern. Mitgliedstaaten müssen mit der Ratifizierung diese Eigentumsrechte garantieren.*

*OECD-Länder verbinden Freihandelsabkommen heute oft zwingend mit der Übernahme von UPOV 91. Dies ist umso verheerender, als insbesondere die Überarbeitung von 1991, stark auf die westlich-industrielle Landwirtschaft mit grossflächigen Monokulturen zugeschnitten ist.*

*UPOV 91 hat immense Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft insbesondere im globalen Süden, denn sie verbietet den Nachbau und Tausch von Saatgut – mit einigen wenigen Ausnahmen – auch unter BäuerInnen. Damit untergräbt sie das ursprüngliche bäuerliche Recht auch aus geschützten Sorten selber Saatgut zu gewinnen. In vielen Ländern des Südens findet der Zugang zu Saatgut hauptsächlich über den Saatguttausch statt. Oft arbeiten 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft und bestellen die Felder mit selbstgewonnenem Saatgut. Den Tausch und Nachbau zu verbieten, bedeutet die Existenz der KleinbäuerInnen zu zerstören.*

*Indien hat deshalb, nach grossen Protesten gegen die ursprünglich geplante Einführung von Patenten, ein eigenes Sortenschutzsystem entwickelt. Indische BäuerInnen dürfen weiterhin geschütztes Saatgut nachbauen, tauschen und auch untereinander verkaufen, sofern sie nicht den offiziellen Markennamen verwenden. Der traditionelle, informelle Zugang zum Saatgut bleibt so erhalten. Gleichzeitig behalten die ZüchterInnen die weitgehende Kontrolle über die kommerzielle Vermarktung.*



In einem Maisfeld in Kolumbien werden Proben entnommen, um diese auf gentechnische Verunreinigungen zu untersuchen. Foto: Red de Guardianes de Semillas de Vida

## **Kolumbien: Die HüterInnen der Samen des Lebens**

Alba Portillo steht im Film «Guardianes de Semillas» vor dem Maisfeld ihrer Familie im bergigen Hinterland des Departements Nariño im Südwesten Kolumbiens und hält fest: «Lokales Saatgut ist Leben, Identität, Kultur, Erinnerung, Geschichte, Wirtschaft, Nahrung, und auch Macht. Ein Same ohne dieses Wissen hingegen ist ein leeres Korn.» Alba ist Teil des kolumbianischen Netzwerk «HüterInnen der Samen des Lebens». 2002 gegründet, hat diese Basisorganisation mittlerweile rund 400 Mitglieder und ist in sechs Departementen aktiv. Mittels Samenbanken, Samenbörsen und Bildungsworkshops setzt sich das Netzwerk für den Erhalt von autochthonem Saatgut und die Rechte der BäuerInnen ein. Gentechnisch verändertes Saatgut (GVO) und die damit einhergehende Abhängigkeit von Agrarmultis bekämpft es und leistet damit aktiven Widerstand gegen die kolumbianische Agrarpolitik.

### **Freihandelsabkommen und Saatgut**

Kolumbien verfolgt eine restriktive Saatgutpolitik, welche die Monopolstellung der multinationalen Konzerne fördert und die Existenzgrundlage der Kleinbauern untergräbt. 2010 wurde das Dekret 970 vom Amt für Landwirtschaft verabschiedet. Es verbietet den Tausch und die Weiterzucht von autochthonem Saatgut. In der Folge wurden 2012 4000 Tonnen Saatgut und Lebensmittel vom Staat konfisziert und zerstört. Viele KleinbäuerInnen sahen sich gezwungen das einzige noch zur Verfügung stehende, gentechnisch veränderte Saatgut von Monsanto zu kaufen, wenn sie denn die Mittel dazu hatten.

Ebenfalls 2012 verabschiedete die Regierung als Teil des Freihandelsabkommens mit den USA das Gesetz 1518, mit dem UPOV 91 anerkannt wurde. Grosse Proteste von sozialen Bewegungen veranlassten das Verfassungsgericht noch im Dezember 2012, das Gesetz und somit UPOV 91 für ungültig zu erklären. Weiter wurde 2014 das Dekret 970 2014 «eingefroren» und im September 2015 durch eine neue Fassung abgelöst. Autochthones Saatgut ist in dieser nicht explizit erwähnt. Die Formulierungen lassen jedoch einen grossen Interpretationsspielraum offen. Wie sich dies in Zukunft auf den Umgang mit Saatgut auswirkt, wird sich zeigen. Dass sich der Widerstand gegen eine agro-industrielle Saatgutpolitik lohnt, zeigt dieser Teilerfolg in Kolumbien allemal.

### **Nein zu GVO und zur Abhängigkeit von Grosskonzernen**

Wegen der staatlichen Förderpolitik gegenüber GVO und der gleichzeitigen Unterdrückung des Anbaus von autochthonem Saatgut sind in Kolumbien bereits 150'000 Hektaren in 15 Departementen mit GVO bepflanzt. Studien oder Richtlinien zur Kontrolle der Auswirkungen von GVO auf die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit fehlen. Eine öffentliche Information oder Debatte findet nicht statt, weshalb der



Grossteil der kolumbianischen Bevölkerung weder weiss was GVO sind, noch was sie für Risiken bergen.

Das Netz der HüterInnen der Samen wird deshalb eine breite Informationskampagne über GVO in den Departementen Cauca und Nariño starten. Ebenso werden Pflanzen und Saatgut in Regionen, wo das Netzwerk aktiv ist, auf gentechnisch veränderte Anteile geprüft, um die weitere Verbreitung zu stoppen. Gleichzeitig wird autochthones Saatgut an die BäuerInnen verteilt. Teil der Kampagne im Kampf gegen die GVO ist es ebenfalls, zwei Gemeinden offiziell als gentechfreie Zonen zu erklären.

## Paraguay: Samenbörse und Samenproduktion



Der Kampf gegen Gentech sichert die eigene Saatgutproduktion. Foto: Heñoi Jey Paraguay

Paraguay ist in weiten Teilen ein fruchtbares Land, trotzdem importiert es heute 50 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittel. Ein Grund dafür, dass die ärmere Bevölkerung schlecht- oder unterernährt ist, denn importierte Lebensmittel sind teuer. Gleichzeitig exportiert das Land enorme Mengen von Soja, Mais, Sonnenblumenkernen, Sesam und Fleisch. Produziert mit «modernster» Agrartechnologie bringen diese Exportprodukte den Grossgrundbesitzern und Agrarunternehmen hohe Profite.

Plötzlich galt die paraguayische Baumwolle als anfällig für Krankheiten, sogenannte resistente Varietäten der Agromultis wurden nun importiert. Damit wurden tausende von Kleinbauernfamilien ihrer Existenz beraubt, da sie ihr Saatgut hätten kaufen müssen. Dies ist einer der Gründe, weshalb es mit der Baumwollproduktion bergab ging: 2014 wurden nur noch 14'000 Hektar angebaut. Auch verdrängten Soja- und Maismonokulturen zunehmend die Baumwolle – die Agriindustrie bemächtigte sich des Landes. Pikantes Detail: Monsanto baute Guazuncho weiterhin in Argentinien an und liess diese Varietät schliesslich für sich patentieren.

### Saatgut und Ernährung sichern

Die sich schnell ausbreitenden Monokulturen haben dazu geführt, dass in Paraguay viele traditionelle Nahrungspflanzen nicht mehr angebaut werden. Sie drohen auszustarben. Das Netzwerk «Heñoi Jey Paraguay» (Paraguay erblühe) von bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften, sozialen Organisationen und Fachpersonen will dieser Entwicklung mit einer Samenbörse und der Sicherung der Samenproduktion entgegenwirken.

Wie im Beispiel aus Kolumbien wird an der Börse nach seltenen Samen gesucht und gentechnisch kontaminiertes Saatgut ausgesondert. Die voraussichtlich über 200 KleinbäuerInnen, die erwartet werden, haben die Möglichkeit, Samen zu tauschen oder neue Samen zu erwerben. KonsumentInnen und ProduzentInnen erhalten vertiefte Informationen zur Saatgutproblematik und zur Wichtigkeit der Ernährungssouveränität. Schliesslich wird auf einem Feld von einer Hektare eine Samenproduktion aufgebaut, insbesondere für autochthones Saatgut und Sorten, die vom Aussterben bedroht sind.

### Unterscheidbar, homogen, stabil – Saatgut in Europa

2005 wurde der französische Verein «Kokopelli – Zur Befreiung der Samen und des Humus» vom Saatgutanbieter Graines Baumaux verklagt. Kokopelli verkaufte als Akt zivilen Ungehorsams Saatgut ohne es registrieren zu lassen. Er handelte sich damit einen neunjährigen Prozess ein. 2014 wurde Kokopelli aus wettbewerbsrechtlichen Gründen freigesprochen. Gemäss französischem Saatgutrecht aber wäre nur ein Austausch unter HobbygärtnerInnen erlaubt, hielt das Gericht ergänzend fest.

Das Beispiel zeigt wie weit fortgeschritten die Reglementierung des Umgangs mit Saatgut in der EU – und der Schweiz – ist: Saatgut für den kommerziellen Gebrauch muss in offiziellen Sortenlisten eingetragen werden. Dies ist sehr teuer und die Sorten müssen die Kriterien von Homogenität, Stabilität und Unterscheidbarkeit erfüllen, die auch UPOV 91 vorgibt. Alte Saatgutsorten oder Kleinproduzenten haben kaum eine Chance. Wie eng die Registrierungspflicht von Saatgut gefasst ist, ist Sache der einzelnen Staaten. Frankreich verfolgt eine sehr strenge Registrierungspflicht. In der Schweiz wiederum bestehen Ausnahmeregelungen für Nischensorten.

UPOV 91 verbietet zudem den Tausch oder Nachbau von geschützten Sorten bzw. macht letzteren, wenn in Ausnahmefällen erlaubt, gebührenpflichtig.

Doch die starke Einschränkung stösst auf Widerstand. So boykottieren deutsche BäuerInnen seit Jahren die Informationspflicht über den Nachbau und weigern sich Gebühren zu zahlen. In der Schweiz wurde auf diese Regelung wegen grossen Widerständen von Bauernorganisationen verzichtet. Samengärtnereien produzieren weiterhin autochthone Sorten und verschiedene Organisationen bekämpfen die restriktiven Gesetzgebungen und die Patentierbarkeit von Saatgut.

Links zu weiterführenden Informationen auf [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch).

**Im Namen der «HüterInnen der Samen des Lebens» und des Netzwerks «Paraguay erblühe» danken wir Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung.**

## Weitere SOLIFONDS – Unterstützungen

### Pakistan: Klage gegen Syngenta vor Oberstem Gericht



November 2015: Syngenta-Arbeiter demonstrieren in Karachi gegen die Nichtbeachtung von Gerichtsurteilen durch Syngenta. Foto: PCEM

sungsgrund an, betroffen war aber einzig Imran Ali. Dass dieses Vorgehen illegal ist, bestätigte das NIRC im Oktober 2015 zweitinstanzlich und ordnete Imran Alis Wiedereinstellung an. Syngenta legte sofort Rekurs beim Obersten Gericht ein. Der Konzern zieht damit den Fall in die Länge, was für die Gewerkschaft mit immensen Kosten verbunden ist. Über die bereits 2012 gerichtlich verfügte Weiterführung der Lohnzahlungen an Imran Ali setzt sich Syngenta bis heute hinweg.

Der Solifonds unterstützt Imran Ali und die Gewerkschaft in diesem gerichtlichen Kampf, mit dem sie der Unnachgiebigkeit des Schweizer Konzerns und dem fortgesetzten Anfechten von Gerichtsurteilen entgegentreten.

### Togo: Ein GAV für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Seit 2009 folgt Togo den wirtschaftlichen Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank) und der EU, aber die Armut bleibt weit verbreitet: «Mit rund 62 Prozent leben annähernd zwei Drittel der Menschen in dem westafrikanischen Land unter der Armutsgrenze. Ein Drittel der 15-25 Jährigen ist arbeitslos,» schreibt die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit. Seit Jahren bleibt die Kaufkraft der Bevölkerungsmehrheit aufgrund der schlechten Löhne tief. Arbeitsplätze werden praktisch nur im informellen Bereich geschaffen, selbst bei grossen staatlichen Infrastrukturprojekten.



Gute Arbeitsbedingungen beinhalten auch eine fundierte Ausbildung. Maurerlehrlinge im Ausbildungskurs der Gewerkschaft. Foto: FTBC

Dagegen führt die Gewerkschaft der Holz- und BauarbeiterInnen FTBC 2016 eine Kampagne für einen sektoriellen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Zu den Hauptpunkten des GAV gehören: schriftliche Arbeitsverträge, Sozialversicherungen, die Erhöhung des Mindestlohns, bezahlte Überstunden und Ferien und die Einrichtung von Betriebskommissionen. Damit werden laut der FTBC die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen grundsätzlich verbessert. Die Kampagne muss neben der Mobilisierung der ArbeiterInnen auch politischen Druck aufbauen, um die Arbeitgeber und das Arbeitsministerium an den Verhandlungstisch zu bringen.

#### Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»  
Redaktion:  
Sandra Julius, Urs Sekinger  
Druck: printoset, Zürich

### Brasilien: Syngenta an Mord an Landlosem mitschuldig

Syngenta muss den Hinterbliebenen von Valmir Mota de Oliveira, genannt Keno und Mitglied der Landlosenbewegung MST, eine Entschädigung zahlen. In seinem erstinstanzlichen Entscheid vom November 2015 machte das Gericht von Cascavel (Paraná) den Basler Konzern für dessen Tod mitverantwortlich.

Die MST hatte direkt neben Testfeldern von Syngenta eine ihrer Siedlungen unterhalten und musste befürchten, dass ihr traditioneller Mais durch den Gentech-Mais von Syngenta kontaminiert werden könnte. Die MST beschloss daher, ihren Protest durch eine Besetzung des Syngentageländes auszuweiten. Syngenta liess die Felder 2007, nach einem Jahr Besetzung, durch eine private Sicherheitsfirma räumen. Diese ging äusserst brutal vor und bewirkte damit Kenos Tod.

### Demnächst erscheint:



Die AktivistInnen von MultiWatch zeichnen mit ihrem «Schwarzbuch Syngenta – Dem Basler Agromulti auf der Spur», das im April erscheinen wird, ein Porträt des Konzerns und seines Versuchs, die kapitalistische industrielle Landwirtschaft als alleiniges Zukunftsmodell und Absatzmarkt für die konzerneigene Agrogentechnik und Agrochemie zu fördern. Das Schwarzbuch zeigt, wie sich Syngentas Produkte und das Bemühen, Patente auf Nutzpflanzen zu erlangen, rund um die Welt auf die Biodiversität und die kleinbäuerliche Landwirtschaft auswirken.

Das AutorInnenkollektiv versteht dieses Schwarzbuch als Beitrag zur weltweiten Bewegung gegen die Agrobusinesskonzerne und für das Recht auf Ernährungssouveränität. Das Buch ist dem brasilianischen Aktivist Kenos gewidmet.

Weitere Infos und Vorbestellungen:  
[www.multipwatch.ch](http://www.multipwatch.ch)